



Die Aufzeichnungspflichten, die das Mindestlohngesetz vorschreibt, halten Arbeitgeber für zu aufwendig. Sie müssen dabei Fristen zur Aufbewahrung der Listen sowie den Datenschutz berücksichtigen. FOTO: LEJA

## Normenkontrollrat

# Rat macht 51 Vorschläge, um Bürokratie abzubauen

Seit 2018 berät der Normenkontrollrat das Land beim Bürokratieabbau. Sein erster Bericht ist unspektakulär. Bürokratie, in Euro gemessen, ist für die Wirtschaft kaum entstanden – aber auch nicht weniger geworden. Dennoch baut die Wirtschaft auf das Gremium.

Von Wolfgang Leja

STUTTGART. Seit einem Jahr wird der Bürokratieaufwand in Baden-Württemberg systematisch gemessen. Die erste Bilanz fällt aus Sicht des Normenkontrollrats positiv aus. „Die Ministerien berechnen nun die Folgekosten der neuen Gesetze sowie von Verordnungen und Verwaltungsvorschriften“, heißt es in dem Bericht des Gremiums. Dennoch haben die Experten sowohl im Vorfeld der Rechtssetzung als auch im bestehenden Landesrecht Entlastungspotenziale ausgemacht.

Dabei werden die Unternehmen im Land durch Bundes- und EU-Recht deutlich stärker belastet als durch Landesregelungen. Laut Bericht waren sie nur von 13 Prozent der Landesregelungen betroffen. Für das laufende Jahr gehen die Experten nun von Entlastungen aus.

Vornehmlich durch die Einführung der elektronischen Rechnung, den Verzicht auf Schriftformerfordernisse oder die Novellierung der Landesbauordnung.

Der Bericht nennt 51 Vorschläge zur Bürokratieentlastung. So wird etwa vorgeschlagen, Baugenehmigungsverfahren digital durchzuführen oder Nachweispflichten für die Einhaltung des Erneuerbare-Wärme-Gesetzes zu vereinfachen.

Das Gremium hat auch eine Online-Umfrage in der Wirtschaft durchgeführt. Danach werden die Bürokratiekosten, die Verwaltungsverfahren auslösen, als „hoch“ und „sehr hoch“ eingeschätzt. Besonders im Baurecht und bei öffentlichen Vergabeverfahren.

**Nicht die einzelne Norm, sondern die Vielzahl der Normen ist belastend**

„Die Wirtschaft und die Bürger empfinden in der Regel nicht die einzelne Norm als besonders belastend, sondern die Vielzahl der Normen und die ständig neu hinzukommenden Vorschriften, wie etwa die Datenschutzgrundverordnung“, schreiben die Kontrolleure.

Deshalb empfehlen sie, den Zuwachs an Normen durch eine „One in, one out“-Regelung auf Landesebene zu begrenzen. Als zentrales

Instrument der Entbürokratisierung sehen sie die Digitalisierung. Deshalb sollten möglichst bald alle Verwaltungsdienstleistungen digitalisiert werden, die Land und Kommunen betreffen und die sie selbst steuern und regeln können.

Auch die Vielzahl technischer Standards, die von Sachverständigenkreisen empfohlen werden und „1:1 in Verwaltungsentscheidungen übernommen werden“, machen die Experten als Ursache für Überbürokratisierung aus. So werden Budgets der Landkreise teilweise zu über 50 Prozent allein für die Erfüllung brandschutzrechtlicher Auflagen verwendet.

Aber auch durch Richtlinien, die die Industrie selbst festlegt, steigen die Kosten. Beispielhaft nennt der Bericht spezielle Anforderungen an sanitäre Räume, die den Bau von Kindergärten erheblich verteuern.

Kritik üben die Kontrolleure an den umfangreichen Dokumentations- und Nachweispflichten für die Betriebe. Die könnten sie teilweise nur noch mithilfe von Dienstleistern, wie etwa Steuerberatern erfüllen.

Seit Langem hadert die Wirtschaft mit den Dokumentationspflichten beim Mindestlohn. Johannes Schmalzl, der Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Region Stuttgart, sieht gerade für Betriebe am Bau eine hohe Belastung. Sie müssen dabei Fristen zur Aufbewahrung der Listen sowie den Datenschutz berücksichtigen.

Auch das Steuerrecht gilt es zu vereinfachen, so Schmalzl. Er fordert, die Abschreibungsgrenze für geringwertige Wirtschaftsgüter auf 1000 Euro anzuheben (siehe Kasten). Zudem müsse die Kleinunternehmerregelung verbessert werden, um Betriebe von Umsatzsteuer-

erformalitäten zu entlasten. Die aktuelle Grenze sollte von 17500 Euro auf 35000 Euro angehoben werden.

**Kritik an Praxis der Entsendung von Mitarbeitern ins EU-Ausland**

Kritik übt Schmalzl auch an der Praxis der Entsendung von Mitarbeitern ins EU-Ausland. „Die A1-Bescheinigungen bei Dienstreisen muss vom Tisch.“ Sie gilt als Nachweis dafür, dass der Mitarbeiter in Deutschland sozialversichert ist. Zu unterschiedlich würden die EU-Länder das handhaben, sagt er. Die EU habe zwar angekündigt, das zu regeln. „Aber wir sind da skeptisch.“

Alles in allem wertet Schmalzl die Arbeit des Normenkontrollrats als einen „riesigen Vorteil“, um die Entstehung von Bürokratie und ihren Bestand in den Griff zu bekommen. „Der Rat hat in gewisser Weise eine abschreckende Wirkung“, sagt er. „Wir brauchen ihn, auch weil viele Dinge auf EU- und Bundesebene eine Rolle für die Bürokratiebelastung der Unternehmen spielen.“

**MEHR ZUM THEMA**  
Den Bericht des Normenkontrollrats finden Sie unter:  
[www.kurzelinks.de/normenkontrollrat](http://www.kurzelinks.de/normenkontrollrat)

## Stahlwerk in Kehl versorgt Straßburg mit Wärme

STRASSBURG/KEHL. Die Badischen Stahlwerke in Kehl sollen künftig Haushalte im nahe gelegenen französischen Straßburg mit Wärme versorgen. Vertreter beider Städte haben am Montag eine entsprechende Absichtserklärung unterschrieben.

Eine Machbarkeitsstudie des Umweltministeriums hatte ergeben, dass damit 4500 Haushalte auf französischer Seite versorgt werden könnten. In dem Stahlwerk wird aus Schrott Stahl hergestellt. Im ersten Ausbauschnitt sollen 45 Gigawatt Abwärme in das Wärmenetz der französischen Stadt eingespeist werden, teilte das Umweltministerium mit.

Für die komplette Umsetzung des Projekts seien mehrere Jahre vorgesehen. Für den ersten Schritt seien Investitionen von rund 25 Millionen Euro nötig.

Die Idee kam im Juni 2018 bei einem Treffen mit Vertretern aus dem Ministerium sowie der Städte Kehl und Straßburg auf. (sta)

## Verband rät Handwerkern, den Betrieb zu übernehmen, wenn Inhaber ausscheiden

Modell der Genossenschaft könnte in Fällen ungeklärter Betriebsnachfolge eine Lösung sein

STUTTGART. Der Baden-Württembergische Genossenschaftsverband (BWGV) macht sich dafür stark, dass Mitarbeiter im Handwerk eine Genossenschaft gründen, um im Fall der ungeklärten Betriebsnachfolge den Betrieb übernehmen zu können. Der bisherige Inhaber könne seinen Betrieb in vertraute Hände geben und benötige keinen einzelnen Käufer, der alles allein übernimmt, sagte BWGV-Präsident Roman Glaser bei der Vorstellung der Bilanz der Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften in Stuttgart.

**Inhaber kann Aufsichtsratsvorsitz in der Genossenschaft übernehmen**

Für die Gründung einer solchen Genossenschaft seien lediglich drei Mitglieder erforderlich, sagte Glaser. Der Übergang könne stufenweise erfolgen, indem der bisherige Inhaber den Aufsichtsratsvorsitz in

der Genossenschaft übernehme und sich damit noch einen gewissen Einfluss erhalte.

Beispiele für solche Nachfolge-Genossenschaften im Handwerk gebe es im Südwesten noch nicht,

räumte der BWGV-Präsident ein. Dass ein solches Modell funktionieren könne, habe der Heidelberger IT-Dienstleister Jacom Systemhaus bewiesen. Das Unternehmen ist vor fünf Jahren von den eigenen

Mitarbeitern in Form einer Genossenschaft übernommen worden, als sich die Gründer aus Altersgründen zurückziehen wollten.

**Energiegenossenschaften sind wirtschaftlich erfolgreich**

Dem Geno-Verband zufolge beliefen sich die Umsätze der 627 Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften im Südwesten im Jahr 2018 auf rund 8,4 Milliarden Euro, was gegenüber dem Vorjahr ein Plus von 1,6 Prozent bedeutet.

Zu den Gewinnern zählen die mittlerweile 150 Energiegenossenschaften. Im Südwesten konnten sie ihre Umsätze um fast zehn Prozent steigern. Eine unter den vier Neugründungen in diesem Jahr ist die Bürger-Energiegenossenschaft in Boxberg (Main-Tauber-Kreis). An ihr ist die Stadt Boxberg, die Zeag Energie AG aus Heilbronn und Bürger beteiligt. (jüs)



Bürger-Energiegenossenschaften im Südwesten entwickeln sich laut Geno-Verband erfolgreich. Zuletzt machten sie rund zehn Prozent mehr Umsatz. FOTO: SCHMIDT

## Badenova testet Batteriespeicher für Öko-Strom

FREIBURG. Der Energieversorger Badenova testet in Freiburg einen Groß-Batteriespeicher. „Die Energiewende nimmt nur dann Fahrt auf, wenn wir verstärkt überschüssigen Strom speichern können“, sagte Badenova-Vorstand Mathias Nikolay. Mit Groß-Batteriespeichern ließe sich lokal erzeugter Strom aus erneuerbaren Energien zwischenspeichern.

In dem von der EU geförderten Projekt speist eine große Solaranlage überschüssigen Strom in den Batteriespeicher ein. Ohne ihn könne es an sonnigen Tagen mit wenig Verbrauch zu einer Überlastung der Stromleitung kommen, so Badenova. Die Folge seien Spannungsanhebungen, die zu einer Abschaltung der Solaranlage führen könnten.

Mit der Batterie will Badenova in seinem Stromnetz Lastspitzen vermeiden. Diese sind für Energieversorger teuer. Denn für den überschüssigen Strom müssen sie dem Netzbetreiber Geld bezahlen.

Die Batterie löst das Problem. Der tagsüber in der Batterie zwischengespeicherte Strom wird in der Nacht über das dann wenig belastete Netz abtransportiert.

Der Batteriespeicher nutzt das „Redox-Flow-Prinzip“. Dabei wird für die Energiespeicherung eine Vanadium-basierte Elektrolytflüssigkeit und keine Feststoffe wie bei herkömmlichen Lithium-Ionen-Batterien verwendet. Damit verliert die Batterie über die Jahre kaum an Kapazität und besitzt eine hohe Lebensdauer. (leja)

## Kurz notiert

### W&W-Gruppe steigert Bausparsumme

LUDWIGSBURG. Im Baufinanzierungsgeschäft erreichte die „Wüstenrot und Württembergische“-Gruppe (W&W) im ersten Quartal 2019 ein Plus von 13,8 Prozent auf 1,46 Milliarden Euro (2018: 1,28 Milliarden Euro). Beim Bausparen konnte Wüstenrot, die zweitgrößte private Bausparkasse Deutschlands, im Brutto-Neugeschäft mit einer Bausparsumme von 3,47 Milliarden Euro leicht zulegen (2018: 3,46 Milliarden Euro). Das Netto-Neugeschäft blieb mit 2,61 Milliarden Euro auf dem Vorjahresniveau. (sta)



Die Wüstenrot und Württembergische profitiert aktuell vom Bauboom. FOTO: W&W

### Der reine Verbrennungsmotor ist bei Daimler Auslaufmodell

SINDELINGEN. Bis 2039 will Daimler dafür sorgen, dass die weltweit verkauften Neuwagen CO<sub>2</sub>-neutral unterwegs sind. Welche Technologien allerdings genau zum Einsatz kommen werden, will sich der Autobauer offenhalten. „Jetzt zu sagen, exakt in jedem Markt der Welt, wo die Reise hingeht, das wäre nicht seriös“, sagte Entwicklungsvorstand Ola Källenius. Autos mit reinen Verbrennungsmotoren sind in dem Plan offenbar nicht mehr vorgesehen. Um das Ziel zu erreichen, plane man neben Elektroautos mit Plug-in-Hybrid-Motoren. (sta)